

Forderung nach stärkerer Resilienz

[11.03.2026] Energieverbände fordern eine stärkere Ausrichtung auf Resilienz und Schutz Kritischer Infrastrukturen in Deutschland. Anlass war der erste KRITIS-Gipfel, der gestern in Berlin stattfand. Dort berieten Vertreter der Branche, der Politik und der Bundeswehr über neue Bedrohungslagen und konkrete Schutzmaßnahmen.

Der Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) und die Widerstandsfähigkeit des Energiesystems müssen in Deutschland deutlich stärker in den Mittelpunkt rücken. Darauf wiesen der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(BDEW\)](#) und der [Verband kommunaler Unternehmen \(VKU\)](#) zum Auftakt ihres ersten KRITIS-Gipfels 2026 gestern in Berlin hin.

Wie BDEW und VKU in einer gemeinsamen Pressemitteilung berichten, brachte die Veranstaltung führende Vertreterinnen und Vertreter aus Energiebranche, Politik, Verwaltung und Bundeswehr zusammen. Ziel war es, angesichts wachsender sicherheitspolitischer Risiken über Vorsorgestrategien und Maßnahmen für ein robusteres Energiesystem zu beraten. Impulse zum Auftakt gaben BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae, VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing, Hans-Georg Engelke, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, sowie Generalleutnant André Bodemann. In zwei Panels diskutierten Fachleute anschließend unter anderem die Lehren aus dem jüngsten Stromausfall in Berlin und den aktuellen Stand der zivilen Verteidigung.

Forderungen für wirksameren Schutz

Anlässlich des Gipfels formulierten BDEW und VKU mehrere Forderungen für einen wirksameren Schutz Kritischer Infrastrukturen. Ein zentraler Punkt betrifft bestehende Transparenzpflichten. Energieunternehmen müssen heute zahlreiche Daten offenlegen, etwa auf Grundlage von Transparenzregeln, des Informationsfreiheitsgesetzes oder von Open-Data-Vorgaben. Wo solche Veröffentlichungen jedoch die physische oder digitale Sicherheit gefährden könnten, sollten die Regelungen überprüft und angepasst werden. Ziel sei es, potenzielle Angriffsflächen zu reduzieren.

Als zweite Voraussetzung nannten die Verbände eine ausfallsichere Kommunikation für Krisensituationen. Betreiber und Behörden müssten auch dann miteinander kommunizieren können, wenn reguläre Netze nicht mehr funktionieren. Für den Wiederaufbau von Versorgung und Netzen brauche es daher eine Infrastruktur, die selbst bei einem großflächigen Stromausfall weiterarbeitet. Ein Beispiel ist das schwarzfallfeste 450-Megahertz-Funknetz für die Energie- und Wasserwirtschaft.

Klärungsbedarf bei der Finanzierung

Darüber hinaus sahen BDEW und VKU Klärungsbedarf bei der Finanzierung zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen. Schutzvorkehrungen, Reparaturen nach Angriffen sowie Notfall- und Krisenmanagement verursachten erhebliche Kosten. Diese müssten regulatorisch anerkannt und abgesichert werden. Die Verbände schlugen vor, entsprechende Mittel teilweise über den Verteidigungshaushalt sowie über einen noch einzurichtenden Resilienzfonds bereitzustellen.

BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae betonte, ein lückenloser Schutz Kritischer Infrastrukturen werde nie vollständig möglich sein. Entscheidend sei daher, dass Betreiber klare Vorgaben erhielten, um Risiken realistisch bewerten und wirksame Maßnahmen ergreifen zu können. Eine Lehre aus dem Anschlag auf das Berliner Stromnetz sei, bestehende Transparenzpflichten neu zu bewerten. Gleichzeitig müsse die Branche ihre Fähigkeit stärken, Störungen schnell zu bewältigen und Systeme wiederherzustellen.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing hob hervor, dass der Schutz Kritischer Infrastrukturen eine gesamtstaatliche Aufgabe sei. Kommunale und regionale Strukturen spielten dabei eine zentrale Rolle. Vollständige Sicherheit könne es jedoch nicht geben, zudem bleibe die Abwehr von Terrorangriffen Aufgabe von Bund und Ländern. Liebing plädiert deshalb für klare politische Prioritäten, schnellere Verfahren und eine verlässliche Finanzierung. Außerdem schlug er den Aufbau einer nationalen Notfallreserve vor, etwa mit mobilen Großaggregaten, um Inselnetzstrukturen wiederherzustellen und die Energieversorgung möglichst innerhalb von 24 Stunden wieder anlaufen zu lassen.

(th)

Stichwörter: Politik, BDEW, KRITIS-Gipfel, Verband kommunaler Unternehmen (VKU)